



BUNDESMINISTERIUM  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

MILITÄRWISSENSCHAFTLICHES BÜRO

Interne Information  
zur Sicherheitspolitik  
Nr. 12

WALTER BLASI

# **DIE ENTWICKLUNG DER ÖSTERREICHISCHEN NEUTRALITÄT IN DEN JAHREN 1945 BIS 1955 UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER HALTUNG DER SPÖ UND ÖVP**

NOVEMBER  
**2001**

**Impressum**

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Sektionschef HonProf. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Militärwissenschaftliches Büro

des Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Mjr Franz Wanka

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprostelle der Landesverteidigungsakademie Wien

Umschlag: Dipl.-Graph. Franz Stierschneider

Walter Blasi

**Die Entwicklung der österreichischen Neutralität  
in den Jahren 1945 bis 1955  
unter Berücksichtigung der Haltung der SPÖ und ÖVP**

## Der Autor

Dr. Walter Blasi ist seit 1974 im BMLV beschäftigt. Neben seiner Tätigkeit hat er zwischen 1991 und 1995 das Studium der Geschichte absolviert. Seit 1998 ist er im Militärwissenschaftlichen Büro des Bundesministeriums für Landesverteidigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und hat an diversen Publikationen mitgearbeitet. Seine Dissertation schrieb Dr. Blasi 2000 über General Liebitzky.

## Ausgangslage

Mit dem Einmarsch der Alliierten im Jahre 1945 sah sich Österreich mit einer Doppelrolle konfrontiert. Es war gleichermaßen ein befreites und besetztes Land. Von entscheidender Bedeutung wurde die durch den Zweiten Weltkrieg veränderte politisch-strategische Lage: Die wiedererrichtete Republik Österreich entstand an der Nahtstelle zwischen dem sowjetischen Einflussbereich (einschließlich des damals mit der UdSSR verbündeten Jugoslawiens Titos) auf der einen Seite und dem westalliierten Machtbereich, bestehend aus den USA, Großbritannien und Frankreich, auf der anderen Seite. Diese beiden Machtbereiche – in Österreich in Form einer vierzonalen Aufteilung fixiert – waren zwar im Zuge der Kriegführung gegen Hitler-Deutschland entstanden, erfuhren jedoch 1947 im Rahmen der Blockbildung des „Kalten Krieges“ eine neue geostrategische Bedeutung: Der „Eiserne Vorhang“, also die Grenze zwischen Ost und West, verlief quer durch das Land. Für Österreich, das sich auf beiden Seiten der Konfrontationslinie befand, konnte diese Situation nicht ohne Konsequenzen bleiben.<sup>1</sup>

## Die Wünsche der Österreicher: Die Freiheit und ein „Heraushalten“ aus der Ost-West-Konfrontation

1945 war ein Jahr der Weichenstellung. Innenpolitisch war für Österreich von Bedeutung, dass sich die zwei großen Parteien ÖVP und SPÖ (anfangs zusammen mit der KPÖ) – anders als in der Ersten Republik – unter dem Druck der Realitäten und dem Zwang der Besatzungsmächte zur Zusammenarbeit in der Regierung und den Ländern fanden. So gelang es, im ganzen Staatsgebiet einer in der Sowjetzone gebildeten Regierung die Anerkennung zu verschaffen und von den Besatzungsmächten unbeeinflusste Wahlen zu ermöglichen. Das österreichische Volk entschied sich klar gegen Kommunismus und „Volksdemokratie“, was den auf dem Boden der westlichen Demokratie stehenden Großparteien einen überwältigenden Erfolg gegenüber den Kommunisten bescherte, die für die Missetaten der sowjetischen Soldaten bezahlen mussten.<sup>2</sup> Der Historiker Ernst Hanisch interpretierte das Wahlergebnis als das Überwiegen des Bedürfnisses nach Ruhe und Normalität.<sup>3</sup> Das ersehnte Ziel der Österreicher war bei Erhalt der Einheit des Landes das Ende der Besetzung, das mit einem „Staatsvertrag“ erreicht werden sollte. Diese österreichische Sprachregelung knüpfte bewusst an den Staatsvertrag von St. Germain an und diente auch als Zeichen, dass Österreich kein kriegführender Staat gewesen war. Bedeutsam für die innenpolitische Entwicklung war auch die im Juni 1946 getroffene Regelung des zweiten Alliierten Kontrollabkommens über das Zustandekommen einfacher österreichischer Gesetze (Diese konnten in Kraft treten, wenn nicht innerhalb von 31 Tagen ein Einspruch der Militärbehörde erfolgte.): Sie verminderte die Auswirkungen der Ost-West-Spannungen auf die österreichische Innenpolitik und den lähmenden Einfluss der Alliierten auf die Gesetzgebung.<sup>4</sup>

---

1 Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955 (Wien–Köln–Graz: Böhlau Verlag 1998), 579.

2 Erich Zöllner, Geschichte Österreichs: Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien: Verlag für Geschichte und Politik, München: R. Oldenbourg 1990), 532.

3 Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates: Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien: Carl Ueberreuter 1994), 404.

4 Zöllner, Geschichte Österreichs, 532.

In der Außenpolitik lautete eines der populärsten Schlagworte in den ersten Jahren der Zweiten Republik: „Weder West- noch Ostorientierung“ –gemäß der österreichischen Maxime „Leben und leben lassen“ ausgedrückt hieß das, es sich mit keiner Besatzungsmacht zu verderben, aber an einer klaren westlichen Präferenz festhalten.<sup>5</sup> Bei aller Verbundenheit mit dem Westen bildete das „Heraushalten“ – oder negativ formuliert, das „Trittbrettfahren“ – die Grundhaltung in der Bevölkerung. Die veränderte außenpolitische Situation ließ jedoch neben der viel Spielraum lassenden Formel „Weder Ost noch West“ das Vorbild Schweiz stärker ins Blickfeld rücken. Bei einer von der amerikanischen Besatzungsmacht im März 1947 durchgeführten Umfrage sprachen sich 78 Prozent der befragten Österreicher für eine strikte Neutralität nach dem Muster der Schweiz aus. Der Wunsch der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, eine zweite Schweiz zu werden, blieb auch in den kommenden Jahren lebendig. 1950 traf ein amerikanischer Diplomat mit der Aussage sicherlich den Nagel auf den Kopf, dass Österreich praktisch „neutral“ auf der westlichen Seite sein möchte, so wie dies die zahlenmäßig kleine Gruppe der Kommunisten und ihrer Sympathisanten auf östlicher Seite sei.<sup>6</sup>

## Die Absichten der Alliierten

Die Entscheidung für eine staatliche Unabhängigkeit Österreichs war noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges gefallen („Moskauer Erklärung“ von 1943). Hatten die Großmächte 1938 den „Anschluss“ an Deutschland anerkannt, so änderte sich diese Position während des Krieges. Die Schwächung Deutschlands – und damit die Loslösung Österreichs – wurde zum Ziel. Letztendlich setzten sich die Sowjets mit der Wiedererrichtung der Republik Österreich gegenüber den Briten durch, deren Planungen verschiedene Lösungen vorsahen (eine süddeutsche Konföderation aus Bayern und Österreich, eine Donaukonföderation oder einen unabhängigen Staat). Moskau stellte sich aus Furcht vor mangelndem Einfluss auf Ost- und Südosteuropa mit Vehemenz gegen die beiden ersten britischen Modelle, wodurch nur mehr die Wiedererrichtung Österreichs übrig blieb.<sup>7</sup>

1947 begannen die Verhandlungen über den Staatsvertrag, doch gelang wegen des Gegensatzes zwischen den Westmächten und der Sowjetunion keine Einigung über den Vertragsinhalt. Hauptgegensätze waren der Komplex des „Deutschen Eigentums“ und die Unterstützung der jugoslawischen Gebietsforderungen durch die Sowjetunion. 1949 schien ein Vertragsabschluss bevorzustehen; neuerlich verhinderten Schwierigkeiten eine Einigung. (Die Sowjets verzichteten zwar auf eine Unterstützung der jugoslawischen Forderungen, doch diesmal stellten sie ein Junktum zwischen dem Staatsvertrag und der Triester Frage<sup>8</sup> her.). Eine von den Westmächten 1952 vorgelegte „Kurzfassung“ des Staatsvertrages hatte von

---

5 Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 416.

6 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 253, 260, 277 und 598.

7 Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 399.

8 Von Mai 1950 bis zu der Berliner Außenministerkonferenz von 1954 junktimierten die sowjetischen Verhandler die österreichischen Staatsvertragsverhandlungen immer wieder mit der Triester Frage. Ziel der jugoslawischen Außenpolitik nach 1945 war die Angliederung von Istrien und Triest. Die Westmächte blockierten jedoch die im italienischen Friedensvertrag von 1947 vorgesehene Errichtung eines Freistaates Triest (Istrien als Zone B fällt an Jugoslawien) und visierten statt dessen die Rückkehr der Zone A (Hafen mit dem Stadtgebiet von Triest) nach Italien an. Diese Haltung lieferte den Sowjets gute Argumente, mit deren Hilfe sie die Westmächte der Nichterfüllung von Bestimmungen des Friedensvertrages bezichtigten. Offenbar hegte man in Moskau Befürchtungen, dass Österreich wie Triest, das als westlicher Militärstützpunkt diente, in eine „anglo-amerikanische Kriegsbasis“ verwandelt werden könnte. Ebenso konnte die Präsenz britischer und amerikanischer Truppen und Flotteneinheiten in der Zone A gerade nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin in der Annäherungsphase Jugoslawiens an die Westmächte der Sowjetunion nicht gleichgültig sein. 1954 wurde die Frage endgültig geregelt. Italien erhielt Hafen und Stadt Triest und Jugoslawien ganz Istrien.

vornherein keinerlei Aussicht, von der Sowjetunion angenommen zu werden, obwohl die Schuld am Scheitern der einzelnen Verhandlungsrunden nicht ihr alleine angelastet werden kann. Im darauffolgenden Jahr wurde durch indische Vermittlung<sup>9</sup> der UdSSR die Bereitwilligkeit Österreichs zu einer Neutralitätspolitik signalisiert. Erst mit dem Tode Stalins 1953 begann ein Tauwetter, in dem die Staatsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen wurden, die 1955 im Rahmen der ersten „Entspannung“ durch das von den Sowjets geforderte Zauberwort „Neutralität“ zum lange ersehnten Ziel führten.<sup>10</sup>

Die geopolitische Lage Österreichs machte das Land zu einem Handelsobjekt im Kalten Krieg. Keine Seite wollte das Land der anderen überlassen und enttäuscht musste man in Wien bald feststellen, dass sowohl der Osten wie auch der befreundete Westen hartnäckig ihre eigenen Interessen voranstellten. Die Sowjets fürchteten, dass ein freies Österreich in die Einflussosphäre des Westens, die USA fürchteten, dass ein freies Österreich in die Einflussosphäre des Ostens geraten könnte. Betrachtet man die Rolle der Republik in den Planungen der Alliierten, so ergibt sich bei der Sowjetunion folgendes Bild: Sie strebte weder eine dauernde Besetzung noch eine Teilung des Landes an. Moskau wollte aus dem „Pfand des Misstrauens der einen gegen die anderen“, das heißt Österreich, wirtschaftlich möglichst viel herauspressen („Deutsches Eigentum“), vor allem aber wollte es Sicherheitsgarantien gegen einen NATO-Beitritt und einen neuerlichen „Anschluss“ erhalten. Die Neutralität sollte so eine Garantie sein.<sup>11</sup>

1947 übernahmen die USA die führende Rolle in der europäischen Politik des Westens. In den ersten beiden Jahren nach Kriegsende ruhte die Last des Widerstandes gegen den sowjetischen Expansionsdruck in Mitteleuropa fast allein auf den Schultern der Briten, während die USA noch an eine Politik der Zugeständnisse glaubten. Auf dem europäischen Schauplatz wurde das Konzept der „Eindämmung“ des Kommunismus nach dem Prager Staatsstreich (1948) und der Berlin-Blockade (1948/49) zur Grundlage der offiziellen amerikanischen Politik. Hand in Hand damit ging eine massive Wiederaufrüstung der USA. Washington hatte sich entschlossen, der UdSSR zu demonstrieren, dass der Status quo in Europa gewahrt bleiben müsse.<sup>12</sup> Für den Westen war in diesem Zusammenhang eine Frage, die als Blockade bei den Staatsvertragsverhandlungen wirkte, ganz wesentlich: Kann Österreich ohne eigene militärische Kräfte seine Unabhängigkeit gegen einen inneren Umsturz(versuch) tatsächlich verteidigen?<sup>13</sup>

## Die Optionen Österreichs

Der Spielraum Österreichs während der zehnjährigen Besetzung war unter den geostrategischen Gegebenheiten der Lage nach 1945 denkbar eng. Als „Pfand“ im Kalten Krieg war der Staatsvertrag – für das Land in ungeteilter Form – nur mit der Neutralität zu erreichen; eine andere Alternative hatte aus den bereits genannten Gründen nie bestanden.<sup>14</sup> Von 1945 an war es *der* Grundsatz der österreichischen Politik und der Wille der Regierungen Figl und Raab, die Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Nicht unbeträchtlich waren die Risiken, die die Regierungsspitze im Zuge der auf den Ausbruch des Koreakrieges folgenden

---

9 Der österreichische Außenminister Karl Gruber unternahm eine Initiative, die darauf abzielte, mit Hilfe Indiens in Moskau sondieren zu lassen, welche Vorstellungen über den zukünftigen Status Österreichs bestünden.

10 Zöllner, Geschichte Österreichs, 539.

11 Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 417 und Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 594 und 169.

12 Walter Laqueur, Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945–1992 (München: Kindler 1992), 157ff.

13 Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 417 und Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 260.

14 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 597.

„Militarisierung“ des Kalten Krieges vor allem in den Jahren 1950 bis 1952 mit verteidigungspolitischen Kontakten und Dispositionen für den Ernstfall auf Seiten des Westens (Aufstellung der „B-Gendarmerie“, des späteren Kerns des Bundesheeres, sowie „Registrierung, Mobilmachung und Einsatz österreichischen Menschenpotentials“ im Hinblick auf einen möglichen Einsatz auf westlicher Seite im Kriegsfall) auf sich nahm.<sup>15</sup> Trotz der Westorientierung, die man mit der Annahme des Marshallplanes 1947/48 demonstrierte, wurden in der außenpolitischen Diskussion und Rhetorik während der gesamten Besatzungsdauer oft nur allgemeine und manchmal verschwommene Zielsetzungen, aber wenig konkrete Pläne für die Zeit nach dem Staatsvertrag ausgesprochen. Jede Festlegung, die die eine oder andere Seite vor den Kopf stoßen und damit vielleicht die Einheit und schließlich die Freiheit des Landes gefährden konnte, wurde vermieden. Die Regierung wollte sich alle Türen offen halten und zwischen den beiden Blöcken hindurchlavieren: erst im unmittelbaren Kontext einer konkreten Verhandlungssituation erfolgten Festlegungen oder Bindungen.<sup>16</sup>

Neben der vorhin beschriebenen Variante „Österreich als souveräner Staat zwischen den zwei Militärblöcken“ listet der Historiker Gerald Stourzh vier weitere mögliche Denkmodelle auf, die für Österreichs Zukunft diskutiert wurden:

- 1) eine anhaltende Besetzung Österreichs durch die vier Mächte,
- 2) eine Teilung Österreichs,
- 3) Österreich als Teil des Ostblocks und
- 4) Österreich als auch militärisch integrierter Teil des Westblocks.

Zu Punkt 1) ist festzuhalten, dass die Einigung unter den vier Besatzungsmächten über die Räumung des Landes 90 Tage nach dem Inkrafttreten des „Vertrages betreffend die Wiederherstellung eines freien und demokratischen Österreich“ in den ersten Monaten des Jahres 1947 erfolgte. Seit diesem Zeitpunkt galt in Österreich die Gleichung: Staatsvertrag = Abzug der Großmächte aus Österreich. Die anhaltende Besetzung des Landes enthielt aber auch die Gefahr eines mentalen Auseinanderdriftens der Bevölkerung der verschiedenen Zonen und einer zunehmenden Resignation, eines Gewöhnungseffektes an den Zustand der Unfreiheit.<sup>17</sup>

Die in Punkt 2) angesprochene Teilungsgefahr Österreichs hing mehr mit den Ost-West-Krisen außerhalb Österreichs als mit der Entwicklung im Lande selbst zusammen. Die Gefahr eines Außer-Kontrolle-geratens und Überschwappens einer Krise auf Österreich bestand während der gesamten Besatzungsdauer, allerdings lag eine Teilung der Republik an der Ost-West-Demarkationslinie letztlich weder im Interesse der Sowjets noch der Westmächte. Die Sowjets befürchteten in diesem Fall eine stärkere Annäherung der Westzonen an

---

15 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 274, 316 und 205.

16 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 263.

17 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 581f; Die wirtschaftliche Lage zwischen den westlichen Zonen und der russischen Zone hatte sich tatsächlich auseinanderentwickelt. Hatte schon die ungleiche Belastung einzelner Regionen durch den Krieg ganz unterschiedliche Ausgangssituationen geschaffen, so vertiefte die unterschiedliche Politik der Besatzungsmächte das Ungleichgewicht. Die Aufteilung der Marshallplanmittel (European Recovery Program – ERP; Österreich war am 1. Juli 1948 beigetreten) entsprach dem strategischen Ziel, die Westzonen wirtschaftlich aufzuwerten und die Abhängigkeit von der Ostzone zu verringern. Wurden ERP-Mittel in die Ostzone vergeben, musste nachgewiesen werden, dass die damit produzierten Güter nicht in die Sowjetunion oder die anderen osteuropäischen Staaten geliefert wurden. USIA-Betriebe („Verwaltung des sowjetischen Vermögens im [östlichen] Österreich“) erhielten bis 1955 praktisch keine ERP-Kredite. So war Ostösterreich nicht nur vom Nachkriegsboom ausgeschlossen, sondern erhielt durch Neugründungen im Westen noch zusätzliche inländische Konkurrenz. Diese unterschiedliche Entwicklung wirkte noch nach 1955 nach.

Westdeutschland und die Integration Westösterreichs in die US-dominierte Militärkontrolle des westlichen Mitteleuropa. Für die Westmächte hingegen hätte eine Teilung entlang der Zonengrenze eine Verfestigung der sowjetischen Präsenz nicht nur in Ostösterreich sondern auch in Ungarn bedeutet.<sup>18</sup>

Der in Punkt 3) angeführten Option wurde von der Bevölkerung in den Wahlen von 1945 und von der Koalitionsregierung aus ÖVP und SPÖ eine Absage erteilt. In der Folge gelang es, die kommunistische Dominanz zu brechen. Das Scheitern des von den Kommunisten dominierten Generalstreikversuchs 1950, den die sowjetische Besatzungsmacht nur punktuell unterstützte, war das letzte Aufflammen einer umfassenderen Aktivität der KPÖ in Österreich.<sup>19</sup>

Was den Punkt 4) betrifft, das heißt eine vollständige Einbindung Österreichs in das nordatlantische Verteidigungsbündnis, hatte es 1948/49 in der Gründungsphase der NATO österreichische Initiativen gegeben, die allerdings auf wenig Gegenliebe bei den Briten gestoßen waren. In den entscheidenden Endphasen der Bildung der NATO spielte Österreich in deren Planungen keine Rolle mehr. Außerdem hätten öffentliche Aussagen für eine Integration Österreichs in das westliche Militärbündnis nach Abschluss des Staatsvertrages den Abzug der sowjetischen Truppen auf jeden Fall verhindert. Die Sowjetunion war angesichts der prowestlichen Orientierung Österreichs schlau genug, einen NATO-Beitritt nach Abschluss des Staatsvertrages durch die noch weiter in ihren Händen verbliebenen Pfänder (zum Beispiel die Erdölproduktion für die kommenden 30 Jahre) zu verhindern.<sup>20</sup>

## Gesprächsbasis mit den Besatzungsmächten

Ursprünglich saß Österreich bei den Staatsvertragsverhandlungen nicht als gleichwertiger Partner neben den Delegationen der vier Mächte. Dies erfolgte erst Jahre später bei der Berliner Außenministerkonferenz im Februar 1954, nachdem Österreich im September 1953 den Wunsch angemeldet hatte, zu den künftigen Staatsvertragsverhandlungen nicht bloß wie früher zu „Hearings“ und den damit verbundenen Befragungen eingeladen zu werden. Diesem Wunsch entsprachen schließlich die Alliierten zögernd und unter Bedachtnahme auf eine möglichst unspektakuläre Einladung beziehungsweise Teilnahme.<sup>21</sup> Nicht außer Acht gelassen werden dürfen die inoffiziellen Kontakte, die die Österreicher mit den Vertretern der vier Mächte knüpfen konnten. Die Zunahme der Spannungen zwischen Ost und West in Verbindung mit der besonderen Situation Österreichs führte jedoch zu wesentlich engeren Kontakten mit den Vertretern der Westmächte als mit jenen der UdSSR. Dazu kam noch, dass die beiden regierenden Großparteien ihre politischen Freunde im Westen hatten, während sich die Sowjetunion nur auf die Oppositionspartei KPÖ stützen konnte.<sup>22</sup>

---

18 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 586f und 584.

19 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 588 und Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 446. In der Anfangsphase der Demonstrationen und des Streikaktivismus der KPÖ gab es verschiedenste Formen von Solidarierungen bis Unterstützungen durch die sowjetische Besatzungsmacht. Näheres siehe dazu bei Oliver Rathkolb, Die „Putsch“-Metapher in der US-Außenpolitik gegenüber Österreich, 1945–1959, in: Michael Ludwig–Klaus Dieter Mulley–Robert Streibel (eds.), Der Oktoberstreik 1950: Ein Wendepunkt der Zweiten Republik (Wien: Picus Verlag 1991).

20 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 589f. Vergleiche dazu den Aufsatz von Walter Blasi, Die Libanonkrise 1958 und die US-Überflüge, in: Erwin Schmidl (ed.), Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958 (Wien–Köln–Weimar: Böhlau Verlag 2000), 239–259.

21 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 62 und 301.

22 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 62. Die Mandatsentwicklung der KPÖ bzw. des Linksblocks bei den Nationalratswahlen sah folgendermaßen aus: 1945: 4; 1949: 5; 1953: 4; 1956: 3; ab den Wahlen von 1959 konnte die Linke keine Mandate mehr erringen.

Bis zur Ära Raab 1953 hatten die Verantwortlichen der österreichischen Politik ausschließlich versucht, über die Westmächte auf die Sowjetunion einzuwirken. Bundeskanzler Julius Raab änderte die Taktik und Österreich bemühte sich nunmehr, unter Berufung auf die Sowjetunion auf die Westmächte einzuwirken.<sup>23</sup> Raab war klar, dass die volle Souveränität Österreichs nur auf der Grundlage einer Vertrauensbasis zu den Regierungen aller Besatzungsmächte zu erreichen wäre. Zur Sowjetunion bestand keine Vertrauensbasis und das Misstrauen beruhte auf Gegenseitigkeit.<sup>24</sup> Also ging er daran, das Verhältnis zu Moskau zu entkrampfen, was dort auch positiv registriert wurde, und damit die Voraussetzungen für einen neuen Anlauf in den festgefahrenen Staatsvertragsverhandlungen zu schaffen.<sup>25</sup> In dem österreichischen Botschafter in Moskau, Norbert Bischoff,<sup>26</sup> fand Raab einen überzeugten Befürworter und Partner seiner Politik. Der Bundeskanzler wies auch in Gesprächen mit dem sowjetischen Hochkommissar Iwan I. Iljitschow immer wieder darauf hin, dass eine neutrale Politik Österreichs die entscheidende Voraussetzung für eine befriedigende Lösung der österreichischen Frage sein würde.<sup>27</sup> Mit seiner Politik kam Raab sehr bald unter scharfen Beschuss des sozialistischen Koalitionspartners und wurde in der *Arbeiter-Zeitung* als chronischer Russen- und Kommunistenfreund bezeichnet.<sup>28</sup>

Auch der Westen war im Laufe des März 1955 durch die sich intensivierenden bilateralen Kontakte zwischen Moskau und Wien unruhig geworden. Das Bemühen der Sowjets, mit den Österreichern unter Ausschaltung der Westmächte bilaterale Abmachungen zu treffen, war nicht neu und bereits seit 1945 zu beobachten. Dass mit irgendeiner Form von Bündnisfreiheit oder Neutralität Österreichs zu rechnen sein könnte, war zumindest seit Herbst 1953 offenkundig. Ausschlaggebend für die Alarmstimmung im westlichen Lager war unter anderem die Befürchtung, dass sich Österreich als der schwächere Partner in den „Vier-Augen-Gesprächen“ gegenüber der UdSSR nachgiebiger zeigen könnte, als dem Westen lieb war. In diesem Sinne wurde Moskaus Österreich-Initiative in erster Linie als gegen die westliche Deutschlandpolitik, das heißt gegen die bevorstehende Aufnahme in die NATO, gerichtet angesehen. Westliche Militärs waren von der Aussicht einer möglichen Räumung Westösterreichs wenig begeistert. Die Westmächte gaben zwar „grünes Licht“ für Raabs Reise zu Staatsvertragsverhandlungen nach Moskau im April 1955, sie wollten jedoch die Ergebnisse dieser Fahrt mit größter Aufmerksamkeit prüfen. Die verantwortlichen Politiker in Österreich waren sich der Gefahren der Moskau-Reise durchaus bewusst. Ein völliges Scheitern dieser Verhandlungsrunde hätte wohl kaum ein Andauern des schon fast als idyllisch zu bezeichnenden Besatzungszustandes bedeutet. Die Befürchtung gingen so weit, dass die Sowjets mit administrativen Mitteln die Lage in der Ostzone Österreichs verschärfen könnten, was vielleicht sogar eine Teilung des Landes bewirkt hätte. Es ist allerdings auch nicht auszuschließen, dass die politische Führung in Österreich ein mögliches Scheitern der bevorstehenden Moskauer Gespräche in den dunkelsten Farben schilderte, um es den

---

23 Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 598f.

24 Ludwig Steiner, *Erlebnisbericht über die Moskauer Verhandlungen vom April 1955*, in: Alois Mock–Ludwig Steiner–Andreas Kohl (eds.), *Neue Fakten zu Staatsvertrag und Neutralität* (= Studienreihe der Politischen Akademie Bd. 12, Wien 1980), 33.

25 Bundeskanzler Raab bedankte sich z.B. für Erleichterungen des Besatzungsregimes wie die Übernahme der Besatzungskosten durch die Sowjets und die Einstellung der Postzensur in der sowjetischen Zone.

26 Dieser war nach der Befreiung Österreichs der SPÖ beigetreten. Er verfasste außenpolitische Hintergrundpapiere und hatte gute Kontakte zu den führenden SPÖ-Politikern Adolf Schärf und Karl Waldbrunner, war aber nie in die Parteibürokratie eingebunden; Oliver Rathkolb, *Die SPÖ und der außenpolitische Entscheidungsprozess 1945–1955: Mit einem Ausblick auf die Neutralitätspolitik bis 1965*, in: Wolfgang Maderthaner (ed.), *Auf dem Wege zur Macht: Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei* (Wien: Löcker Verlag 1992), 56.

27 Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 287.

28 Steiner, *Erlebnisbericht über die Moskauer Verhandlungen vom April 1955*, 34f.

Westmächten zu erleichtern, die für sie eher bittere Pille einer bilateralen sowjetisch-österreichischen Verständigung zu schlucken.<sup>29</sup>

## **Einstellung der SPÖ zur „Freiheits-Option Neutralität“**

Aus berufenem Munde, und zwar von seinem damaligen Sekretär Ludwig Steiner, ist gesagt worden: „Raab war von Anfang seiner Kanzlerschaft der Meinung, dass Österreich ein neutraler Staat werden sollte“.<sup>30</sup> Dieser „Wunsch“ war allerdings, wie erwähnt, keineswegs neu. Die Neutralität oder das populäre Schlagwort „Weder West- noch Ostorientierung“ aus der Frühzeit der Zweiten Republik sowie das Beispiel der Schweiz waren logischerweise auch in der Sozialistischen Partei der einzige Lösungsansatz zur Beendigung der Ost-West-Besetzung und nicht bloß Ausdruck einer mentalen Einstellung der Mehrheit der Österreicher. In den Jahren vor 1955 sind zahlreiche diesbezügliche Äußerungen politischer Vertreter der Partei nachzuweisen. Allerdings ist gerade im Umgang mit dem Begriff Neutralität während der Besatzungszeit eine gewisse Unschärfe festzustellen. Dieses Wort beinhaltete viele Möglichkeiten: von völkerrechtlichen Bindungen (von beträchtlicher Variationsbreite) bis hin zu außenpolitischen Richtlinien ohne solche Bindungen. Als einziger gemeinsamer Nenner ist das grundsätzliche Freihalten von militärischen Blockbildungen zu sehen.<sup>31</sup> Gerade weil der Begriff Neutralität eine so große Bandbreite an Interpretation zuließ, versuchte die SPÖ ihn zu vermeiden. Daneben gab es noch einen parteipolitischen und wahltaktischen Grund, nämlich die Abgrenzung von den Kommunisten und deren ideologischem Neutralitätsbegriff. Die ÖVP konnte sich als rechte Partei der Neutralität viel unbeschwerter nähern.

Sozialistische Politiker äußerten sich zur Neutralität im Laufe der zehnjährigen Besatzungsdauer unterschiedlich häufig: In den Jahren von 1945 bis 1947 finden sich zahlreiche Hinweise auf das Freihalten von Blöcken oder die Neutralität, die sogar in die jeweiligen Erklärungen der Parteitage von 1946 (Resolution zur absoluten Neutralität Österreichs)<sup>32</sup> und 1947 („Österreich frei und neutral: Internationale Garantie der Neutralität Österreichs zur Sicherung seiner bestehenden Grenzen, seiner Freiheit und Unabhängigkeit“)<sup>33</sup> Eingang fand. Die „zweimaligen bitteren Erfahrungen“ aus den Weltkriegen zeigten Wirkung und Karl Renner formulierte es stellvertretend für alle Österreicher: „Wir wollen nimmermehr in ein großmächtiges Reich ... wir wollen für uns bleiben und es allein in der Welt versuchen“.<sup>34</sup> Die überwiegende Mehrzahl der Delegierten auf dem SPÖ-Parteitag von 1947 lehnte auch die Forderung nach einem Volksheer sowohl aus pazifistischen Gründen („Nie wieder Krieg“) als auch wegen der mangelnden Effektivität von Streitkräften eines Kleinstaates ab – Argumente, die ebenfalls von vielen Österreichern geteilt wurden.<sup>35</sup> In den Resolutionen der folgenden Parteitage bis 1955 wird die Neutralität dann allerdings mit keinem Wort mehr erwähnt; über die Gründe dafür wird noch zu berichten sein.<sup>36</sup> In den Jahren von 1947 bis 1950 – so der Eindruck des Historikers Gerald

---

29 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 583, 599, 383f, 395, 398f und 585f.

30 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 598 und Steiner, Erlebnisbericht über die Moskauer Verhandlungen vom April 1955, 33.

31 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 263. Betrachtet man die Neutralitätsdiskussion, so wirkt diese Unklarheit bis heute noch nach.

32 Protokoll des Parteitages der SPÖ 1946, 233.

33 Das Aktionsprogramm der SPÖ, in: Protokoll des Parteitages der SPÖ 1947, 219.

34 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 257.

35 Gerhard Böhner, Die Wehrprogrammatik der SPÖ (Wien: Wilhelm Braumüller 1982), 108.

36 Siehe die jeweiligen Parteiprogramme der SPÖ.

Stourzh – betonten sozialdemokratische Politiker den Neutralitätsgedanken stärker als Sprecher der ÖVP, während sich die Vertreter der Sozialdemokratie in den Jahren nach 1950 bis etwa 1953 (also zur Zeit des Korea-Krieges) größere Zurückhaltung auferlegten. Schließlich wurde das Wort Neutralität – von wenigen Ausnahmen abgesehen – etwa von Beginn der Ära Raab bis zum April 1955 von den Sozialisten gänzlich aus dem Verkehr gezogen.<sup>37</sup>

Der Einfluss der SPÖ als „Junior-Partner“ in den Koalitionsregierungen auf die Außenpolitik schrumpfte Ende 1945 mit dem Abgang Karl Renners aus der Funktion des Staatskanzlers, in der er die Ausrichtung weitgehend im Alleingang bestimmt hatte, und seiner Wahl zum Bundespräsidenten sowie der Besetzung des Bundeskanzler- und Außenministerpostens mit ÖVP-Politikern. Als einziger außenpolitischer Aktivposten infolge des Wahlergebnisses von 1953 (die ÖVP verfügte nur auf Grund der „Wahlarithmetik“ um ein Mandat mehr als die SPÖ, die mit 37 000 Stimmen in Führung gelegen war) kam für die Sozialisten ein Staatssekretär<sup>38</sup> im Außenministerium in der Person von Bruno Kreisky heraus, was sich für den Verlauf der Staatsvertragsverhandlungen noch als günstig erweisen sollte.<sup>39</sup>

Zu den prominentesten Neutralitäts-Befürwortern der Sozialdemokratie in den ersten Nachkriegsjahren zählten Karl Renner und Julius Deutsch, Politiker, die ihre Karriere 1918 in der Ersten Republik begonnen hatten. Renner, ein am rechten Flügel der alten Sozialdemokratie angesiedelter Verständigungspolitiker, der eine vorsichtige und ausgleichende Politik auch gegenüber der Sowjetunion führte,<sup>40</sup> erkannte, dass eine Beendigung der Besetzung Österreichs von seinem Status in der sich abzeichnenden neuen Ordnung Europas abhängen werde – und der konnte in seinen Augen nur die dauernde Neutralität sein. In seiner großen Rede vom 4. April 1946 sprach der Bundespräsident dies auch öffentlich aus.<sup>41</sup> Renner war auch jene Persönlichkeit, die den Österreichern am eindringlichsten das Beispiel Schweiz vor Augen geführt hat.<sup>42</sup> Hatte Renner im Winter 1946/47 und im Laufe des Jahres 1947 die Schweiz neuerlich als Vorbild für Österreich hervorgehoben, so beurteilte er im März 1950 die Chancen für die Begründung einer österreichischen Neutralität pessimistisch, denn auf Grund des Kalten Krieges mangle es an der dafür notwendigen Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Großmächten.<sup>43</sup>

Julius Deutsch, ehemaliger sozialdemokratischer Staatssekretär für Heerwesen und späterer General der internationalen Freiwilligen-Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg, hatte bereits 1944 in seinem Exil in New York festgestellt, dass Österreich eine Position an der geographischen Grenze der Einflussbereiche der westlichen Demokratien und der Sowjetunion einnehmen werde. Wenn Österreich gemäß der Moskauer Erklärung als

---

37 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 265f.

38 Als zweiter Aktivposten wurde ein SPÖ-Staatssekretär im Handelsministerium installiert.

39 Zöllner, Geschichte Österreichs, 538 und Rathkolb, Die SPÖ und der außenpolitische Entscheidungsprozeß 1945–1955, 56.

40 Rathkolb, Die SPÖ und der außenpolitische Entscheidungsprozeß 1945–1955, 57.

41 Stephan Verosta, Die Österreichische Sozialdemokratie und die Außenpolitik: Versuch einer Übersicht 1889 bis 1955 (o.J.), 51f.

42 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 257.

43 Stephan Verosta, Begegnungen mit Karl Renner, in: Siegfried Nasko (ed.), Karl Renner in Dokumenten und Erinnerungen (Wien: Österreichischer Bundesverlag 1982), 274. Die Garantieerklärung über die immerwährende Neutralität der Schweiz erfolgte am 20. November 1815 dagegen *im Konsens* durch die fünf Mächte Großbritannien, Frankreich, Russland, Österreich und Preußen („Die Signatarstaaten der Wiener Erklärung vom 20. März geben mittels dieser Akte eine formelle und authentische Anerkennung der immerwährenden Neutralität der Schweiz, und sie garantieren ihr die Unversehrtheit und Unverletzlichkeit ihres Gebietes“).

unabhängiger Staat wiederhergestellt werde, müsse seine Außenpolitik „strictly and scrupulously neutral“ sein.<sup>44</sup> Der Politik, sich keiner der beiden Großmächte anzuschließen, blieb Deutsch auch nach seiner Rückkehr nach Österreich im Jahre 1946 treu. Dabei wollte er „die Interessen des Westens für unsere Interessen“<sup>45</sup> ausnützen. Auf dem Ende Oktober 1947 abgehaltenen Parteitag der SPÖ warnte Deutsch davor, als wehrloser Kleinstaat dem einen oder anderen Machtblock Gefolgschaft zu leisten. Vielmehr müsse man trachten, den Status eines neutralen Staates zu erreichen. Allerdings schließe die Neutralität des Staates nicht aus, dass sich das österreichische Volk seiner Tradition gemäß kulturell und wirtschaftlich mit dem Westen Europas verbunden fühle.<sup>46</sup> Auf Grund seiner erstklassigen internationalen Beziehungen war Deutsch vom Parteivorstand mit der Errichtung eines zentralen „Referates über die Pflege der internationalen Beziehungen“ beauftragt und dadurch zum „Schattenaußenminister der SPÖ“ geworden, dessen Wirksamkeit jedoch auf Grund des Fehlens einer offiziellen Stellung begrenzt war.<sup>47</sup>

Die Forderung nach einer „wirklichen Neutralität“ war 1946 auch von jener KP-freundlichen, pro-sowjetischen Linken in der SPÖ gestellt worden, die jedoch im Jahre 1948 mit dem Parteiausschluss des Zentralsekretärs Erwin Scharf<sup>48</sup> und nach dem Freitod von Hilde Krones kaltgestellt wurde. Hatte die rechte Parteiführung um Adolf Schärf und Oskar Helmer bereits im September 1945 einem „Tete-à-tete“ mit der kompromittierten, mit den Übergriffen der Roten Armee identifizierten KPÖ aus wahltaktischen Gründen vor der bevorstehenden Nationalratswahl eine Absage erteilt, wurde mit der „Affäre Scharf“ der Kreuzzug gegen die Linke in der eigenen Partei beendet.<sup>49</sup> Ein nicht zu unterschätzendes Kalkül für das politische Handeln der SPÖ-Führung war der Antikommunismus in der österreichischen Bevölkerung, der sich 1945 in den Augen Schärfs und Helmers im Wahlsieg der ÖVP und in der katastrophalen Niederlage der KPÖ niedergeschlagen hatte.<sup>50</sup> Mit der Entmachtung des linken Flügels und dem Erreichen des Zenits der politischen Nachkriegskarriere von Julius Deutsch im Jahre 1947 verschwand die Neutralitätsforderung aus den Parteiprogrammen der folgenden Jahre bis 1955.

Schärf hielt die Zügel fest in der Hand und orientierte die Partei betont in Richtung Westen. Nachdem er sich in einer Rede am 6. Mai 1947 hinter die Amerikaner und gegen die sowjetische Besatzungsmacht gestellt hatte, betonte der Vizekanzler im Juni 1947 seine pro-amerikanische Haltung gegenüber US-Diplomaten. Trotz einer im Innenverhältnis eindeutig pro-westlichen Haltung behielt für die Sozialdemokratie die Idee der Neutralität ihre Attraktivität für die Lösung der „Österreich-Frage“.<sup>51</sup> Die von sozialdemokratischen Politikern, vor allem von Schärf, verstärkte Neutralitätsrhetorik der Jahre 1947 bis 1950 war

---

44 Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 259.

45 Manfred Marschalek, *Der Fall Julius Deutsch: Ein sozialdemokratischer Generationskonflikt im Schatten des Kalten Krieges*, in: Wolfgang Maderthaner (ed.), *Auf dem Weg zur Macht, Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei* (Wien: Löcker Verlag 1992), 25.

46 Julius Deutsch, *Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen* (Zürich-Leipzig-Wien: Amalthea-Verlag 1960), 391.

47 Manfred Marschalek, *Der Fall Julius Deutsch: Ein sozialdemokratischer Generationskonflikt im Schatten des Kalten Krieges*, 26f.

48 Als in den östlichen Nachbarstaaten einzelne sozialdemokratische Politiker (z.B. Zdenek Fierlinger in der CSSR) auf „Einheitskurs“ mit den Kommunisten gingen und damit die Liquidation ihrer eigenen Partei einleiteten, wurde man in Wien doppelt wachsam. Gegenstand dieser Wachsamkeit waren vor allem Scharf und Krones mit noch einigen Gleichgesinnten; Kurt Skalnik, *Parteien: Die Entwicklung der SPÖ (o.J.)*, 217.

49 Fritz Weber, *Der Kampf für eine austromarxistische Partei – Die ersten Nachkriegsjahre*, in: *SPÖ – was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz* (Wien: Junius Verlags- und Vertriebsgesellschaft 1983), 21 und 24.

50 Fritz Weber, *Der Kalte Krieg in der SPÖ: Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950* (Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1986), 36f.

51 Rathkolb, *Die SPÖ und der außenpolitische Entscheidungsprozeß 1945–1955*, 58f.

laut Wilfried Mähr als Gegengewicht – quasi als Garantie für die Sowjets – zu der nicht zu verschleiernde Westorientierung des Landes durch die Annahme des Marshallplanes (1948) zu verstehen. Die neutralitätspolitischen Bestrebungen mancher sozialistischer Politiker wurden von der US-Diplomatie, die einer solchen Idee skeptisch gegenüberstand, zwar mit Argusaugen verfolgt, doch sah man keine besondere Gefahr in ihnen.<sup>52</sup> Es darf aber nicht vergessen werden, dass die massive Wirtschaftshilfe der USA auf dem Weg über den errichteten starken öffentlichen Wirtschaftssektor gerade den Stammwählern der SPÖ zugute kam.<sup>53</sup>

Angesichts der raschen Abfolge von Krisen außerhalb Österreichs und der vermuteten kommunistischen Bedrohung im Inneren (Generalstreikversuch vom Oktober 1950) lehnte sich Österreich auch sicherheitspolitisch zunehmend an den Westen an.<sup>54</sup> Ab 1950 war die Notwendigkeit der Abgrenzung von der kommunistischen Politik, insbesondere als Reaktion auf den Generalstreikversuch und nachdem sich die KPÖ in ihrer Propaganda immer stärker für eine (ideologische) Neutralität einsetzte, für die SPÖ mit ihrem offiziellen Neutralitätsbekenntnis größer als für die in dieser Hinsicht unbeschwerte ÖVP.<sup>55</sup> Ihren Höhepunkt erreichte die kommunistische Neutralitätspropaganda – mit der, wie Schärf annahm, der sowjetische Wunsch eines (entmilitarisierten und) neutralisierten Österreichs zum Ausdruck gebracht werden sollte – im August und September 1953. Nach Stalins Tod erfolgte eine Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik und im Frühjahr 1954 wurden die Neutralitätssparolen der KPÖ abrupt eingestellt.<sup>56</sup>

Auf SPÖ-Seite gab es eine neue Konstellation: Ab 1951 trat jener Mann in Erscheinung, der im Umgang mit der Neutralität noch wichtig werden sollte, nämlich Bruno Kreisky. 1938 nach Schweden emigriert trat er im Jahre 1946 in den diplomatischen Dienst der Republik Österreich in Stockholm ein und avancierte 1951 zum Kabinettsvizedirektor des neu gewählten Bundespräsidenten Theodor Körner. Dieser sprach zumindest zweimal unter Hinweis auf die Schweiz von Neutralität, das erste Mal anlässlich der Dreißigjahrfeier der Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich im November 1951 und das zweite Mal 1952 im *Journal de Genève*. Bei beiden Aussagen war Kreisky der Urheber.<sup>57</sup> Kreisky war der einzige sozialdemokratische Politiker, der auf Grund seines Exils im neutralen Schweden praktische Erfahrungen mit der Neutralität besaß. Gerade ab 1953 gewann er in seiner Partei (und damit auf Vizekanzler Schärf) Einfluss auf die neutralitätspolitisch orientierte österreichische Außenpolitik.

Der neue Bundeskanzler Julius Raab versuchte zur Sowjetunion eine neue Gesprächsbasis zu finden, die zu Sondierungen des indischen Botschafters Menon in Moskau hinsichtlich einer österreichischen Neutralität geführt haben. Schärf lehnte diese „Neutralitätsepisode“ entschieden ab, denn er war der Meinung, „eine sogenannte Neutralitätspolitik, ein

---

52 Wilfried Mähr, *Der Marshallplan in Österreich* (Graz-Wien-Köln: Verlag Styria 1989), 91 und 89.

53 Günter Bischof, „Austria looks to the West“: Kommunistische Putschgefahr, geheime Wiederbewaffnung und Westorientierung am Anfang der fünfziger Jahre, 201 und Kurt K. Tweraser, *Marshallplan, Sozialpartnerschaft und Produktivität in Österreich*, beide in: Thomas Albrich–Klaus Eisterer–Michael Gehler–Rolf Steininger (eds.), *Österreich in den Fünfzigern* (Innsbruck–Wien: Österreichischer Studienverlag 1995), 227f.

54 Bischof, „Austria looks to the West“, 201.

55 Karl R. Stadler, *Zwischen Paktfreiheit und Neutralität: Zur Vorgeschichte des österreichischen Neutralitätsgesetzes*, in: Isabella Ackerl–Walter Hummelberger–Hans Mommsen (eds.), *Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich* (Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1981), 275 und Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 265.

56 Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 268 und 286.

57 Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten: Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten* (Berlin: Siedler Verlag 1986), 408 und Paul Lendvai, *Der Beginner: Mut zum Unvollendeten*, in: Paul Lendvai–Karl Heinz Ritschel, *Kreisky: Porträt eines Staatsmannes* (Wien–Hamburg–Düsseldorf: Paul Zsolnay und Econ Verlag 1974), 171.

Liebeswerben um Russland“, bringe Österreich der Freiheit nicht näher, sondern führe letzten Endes dazu, „dass wir zwischen zwei Sesseln sitzen“. Schärfs Opposition gegen den Begriff Neutralität hing vermutlich sehr stark mit der kommunistischen Neutralitätskampagne in Österreich zusammen. Der Idee einer „Nicht-Allianz-Erklärung“ stand er hingegen positiv gegenüber. Auch Kreisky, der sich im Umgang mit der „Neutralität“ flexibler als Schärf erweisen sollte, vertrat die Auffassung, dass „Allianzfreiheit“ für Österreich die richtige Formel wäre. Bei einer Neutralitätserklärung müsste man Nuancen (er)klären, das heißt festhalten dass es sich um eine militärische und keine kulturelle Neutralität handle.<sup>58</sup> Die Sozialdemokraten zogen in den frühen fünfziger Jahren den Begriff „Paktfreiheit“ dem der „Neutralität“ vor.<sup>59</sup> Schärfs Vorbehalte gegen den Begriff der Neutralität blieben bis zur Reise der österreichischen Regierungsdelegation zu den Staatsvertragsverhandlungen nach Moskau im April 1955 sehr stark. Der sowjetischen Einladung nach Moskau war eine Rede des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw M. Molotow vorausgegangen, in der er die Österreichfrage aufgriff. Zentrale Forderungen für den Abschluss des Staatsvertrages waren die Verhinderung eines neuerlichen „Anschlusses“ an Deutschland und die Verpflichtung Österreichs, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen und keine fremden Militärstützpunkte auf seinem Territorium zuzulassen.<sup>60</sup> Kreisky hingegen erwies sich flexibler, was den Neutralitätsbegriff betraf.<sup>61</sup> Bereits vor der Moskareise brachte er bei einem Abendessen unter Anwesenheit des sowjetischen Stellvertretenden Hochkommissars, Sergej M. Kudriawzew, als mögliche Garantie gegen den befürchteten Anschluss an Deutschland das Beispiel der Neutralität der Schweiz ins Spiel.<sup>62</sup> Damit war das Zauberwort „Neutralität“ gefallen. Gleichzeitig begab sich der Leiter der Völkerrechtsabteilung, Stephan Verosta, zu einer Sondierungsreise in die Schweiz.<sup>63</sup> Für den Staatssekretär dürfte die Neutralität à la Schweiz eine ernstzunehmende Option gewesen sein, denn er informierte sich noch vor der Moskareise in Bern darüber persönlich.<sup>64</sup> In Moskau gab Schärf, der lieber an der Formel Paktfreiheit und Stützpunktverbot festgehalten hätte, nach langem Widerstand und unter „sachter“ Beratung durch Kreisky seine Zustimmung zur Neutralität, „wie sie von der schweizerischen Eidgenossenschaft gehandhabt wird.“<sup>65</sup> Wie Kreisky festhielt, wollten die Sowjets nur das Wort Neutralität haben, „weil sie gesagt haben, nur das verstehe man in der russischen Öffentlichkeit.“<sup>66</sup>

Es war ein Kompromiss, zu dem alle drei Seiten beigetragen haben: inspiriert vom US-Außenminister John Foster Dulles, initiiert von den Sowjets und akzeptiert von den Österreichern. Am 13. Februar 1954 hatte Dulles in einem Vier-Augen-Gespräch mit Molotow in Berlin diesem mitgeteilt, „wenn Österreich eine Schweiz zu sein wünscht, werden die Vereinigten Staaten nicht im Wege stehen, aber dies sollte nicht auferlegt sein“. 14 Monate später nahm Molotow Dulles beim Wort. In einem brillanten taktischen Schachzug hielten die Sowjets den Österreichern niemand anderen als den US-Außenminister als

---

58 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 285f.

59 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 426f.

60 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 336.

61 Rathkolb, Die SPÖ und der außenpolitische Entscheidungsprozeß 1945–1955, 67.

62 Sven Allard, Diplomat in Wien: Erlebnisse, Begegnungen und Gedanken um den österreichischen Staatsvertrag (Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1965), 173f.

63 Rathkolb, Die SPÖ und der außenpolitische Entscheidungsprozeß 1945–1955, 68.

64 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 375.

65 Rathkolb, Die SPÖ und der außenpolitische Entscheidungsprozeß 1945–1955, 68 und Verosta, Die österreichische Sozialdemokratie und die Außenpolitik, 57f.

66 Bruno Kreisky Archiv, Karton Staatsvertrag, Interview Hugo Portischs mit Bruno Kreisky vom 19.3.1985, 21.

Befürworter des Schweizer Vorbildes vor Augen, was eine Ablehnung de facto unmöglich machte.<sup>67</sup>

## Nachsatz

Wie war Österreichs *annus mirabilis* möglich geworden? Die Antwort muss lauten: Durch eine flexiblere neue, über Europa hinausreichende sowjetische Außenpolitik, eine Politik der „friedlichen Koexistenz“, die nichtkommunistischen, durch kein Militärbündnis mit dem Westen und dessen Führungsmacht verbundenen Staaten einen neuen Rang in der sowjetischen politischen Strategie einräumte.<sup>68</sup> Die Westmächte, deren Skepsis groß war, akzeptierten schließlich die Formel von der Neutralität nach Schweizer Muster. Entscheidend für diese Akzeptanz war sicherlich, dass es sich um eine „bewaffnete Neutralität“ handelte. Seit Jahren war es Teil der politisch-strategischen Überlegungen der USA gewesen, dass zur Vermeidung eines militärischen Vakuums nach Abzug der westlichen Besatzungsmächte aus Österreich ein Bundesheer vorhanden sein müsse, für das sie Ausrüstung in großem Umfang bereitstellten. Die Bedeutung der österreichischen Landesverteidigung für die Verteidigung des Westens kam – auch nach der Neutralitätserklärung – wiederholt in den Folgejahren zum Ausdruck.

Mit der Formel von der „*Neutralität, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird*“, war jener politische gemeinsame Nenner gefunden worden, der den Interessen und dem Sicherheitsbedürfnis Österreichs, der Westmächte und der Sowjetunion entsprechen konnte. Wie einer der letzten noch lebenden Zeitzeugen der Staatsvertragsverhandlungen, der bereits zitierte Ludwig Steiner feststellte, „wurde die Neutralität als Instrument für die Erreichung der vollen Freiheit des Landes und nicht als eine neue Staatsreligion angesehen“.<sup>69</sup> Dass es sich um keine ideologische Neutralität handelt, brachte auch Julius Raab selbstbewusst am 26. Oktober 1955 anlässlich der Debatte über das Neutralitätsgesetz zum Ausdruck: „Die Neutralität verpflichtet den Staat, nicht aber den einzelnen Staatsbürger [...]. Damit ist auch keine Verpflichtung zur ideologischen Neutralität begründet.“<sup>70</sup> Unbeschadet der Neutralität gehörte Österreich zur westlichen Wertegemeinschaft.

Die österreichischen Politiker und Experten pochten nach 1955 darauf, die Neutralität selbst zu definieren. Der Sowjetunion schwebte eine ausbalancierte österreichische Neutralitätspolitik vor. Der Westen, vor allem die USA, erwartete sich von Österreich eine prowestliche Politik, wie sie vor 1955 geführt wurde. Als Reaktion auf die deutliche Kritik Raabs an den US-Überflügen über österreichisches Territorium während der Libanonkrise<sup>71</sup> von 1958 und einer emanzipierteren außenpolitischen Linie gegenüber den USA ließ Washington die Auszahlung der Kredite aus den Counterpart-Mitteln sperren.<sup>72</sup>

1955 hatte Österreich seine staatliche Souveränität mit gewissen Einschränkungen wiedergewonnen und damit eines der wichtigsten Ziele der österreichischen Politik seit 1945 erreicht, nämlich die Wiedergewinnung der Freiheit bei politischer Wahrung der Einheit des

---

67 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 602.

68 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 484.

69 „Notiz“ Ludwig Steiners zur Neutralität (o.J.)

70 Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 453

71 Als panarabische Aufstände die „arabische Schweiz“ gefährden, erbittet der christliche Präsident Chamun die Hilfe amerikanischer Truppen, die unter sowjetischem Protest landen.

72 Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien: US-Großmachtpolitik und Österreich 1953–1963 (Wien–Köln–Weimar: Böhlau Verlag 1997), 279.

Landes. Der Preis dafür war allerdings die von beiden Blöcken mit Argusaugen verfolgte „Neutralität“, wobei die österreichische Linie einer „aktiven Neutralitätspolitik“, das heißt die militärische Blockfreiheit bei gleichzeitiger weitestmöglicher Integration in die UNO sowie in die entstehenden westeuropäischen Strukturen<sup>73</sup>, danach trachtete, den Erwartungen (und Befürchtungen) von Ost und West Rechnung zu tragen. Dies hatte aber weniger mit der gesetzlich verankerten „Neutralität“ Österreichs zu tun, sondern war letztlich eine realpolitische Konsequenz aus der sensiblen strategischen Lage am „Eisernen Vorhang“. Während die „Mythologisierung“ der österreichischen Neutralität eine innenpolitische Entwicklung war, trachtete die vor allem von Bruno Kreisky betriebene „aktive Neutralitätspolitik“ danach, international einen möglichst großen Handlungsspielraum zu erreichen. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes bestand daher für Österreich ab 1989 die Möglichkeit, einen plötzlich vergrößerten außenpolitischen Spielraum zu nützen – was auch gelang (1995 Beitritt zur EU sowie zur NATO-Partnerschaft für den Frieden) –, während die innenpolitische Umstellung auf die neuen Gegebenheiten wesentlich schwerfälliger begann und immer noch nicht abgeschlossen ist. Dass die politischen Parteien, insbesondere die SPÖ und die ÖVP, dabei teilweise Standpunkte einnehmen, die ihren Standpunkten der Zeit vor 1955 oft total widersprechen, zeigt nur wie wenig die aktuelle innenpolitische Diskussion mit jener „Neutralität“ zu tun hat, wie sie 1955 als „Kaufpreis“ für die Gewährung des Staatsvertrages formuliert worden war.

---

73 Österreich trat 1955 der UNO und 1956 dem Europarat bei.

## **Interne Informationen zur Sicherheitspolitik**

### **bisher erschienen:**

Nr. 1/2000

Brigitte Sob: Literaturverzeichnis zum Thema Österreich und die NATO

Nr. 2/2000

Yixiang Zhuang: Überblick über die sicherheitspolitische Lageentwicklung in Nordostasien

Nr. 3/2000

Erich Reiter: Leseproben zu den Themen: Russland und seine Probleme; Bosnien und Kosovo

Nr. 4/2000

Martin Malek: Neue sicherheitspolitisch relevante Dokumente Russlands

Nr. 5/2000

Brigitte Sob: Energiesicherheit in Südostasien

Nr. 6/2000

Erich Reiter: National Missile Defense

Nr. 7/2000

Georg Dox: Russland unter Präsident Putin

Nr. 8/2000

Erwin A. Schmid: „Im Tschechenpanzer nach Lyon“

Der tschechoslowakische Kriegsplan von 1964 und seine Relevanz für Österreich

Nr. 9/2000

Erich Reiter: Zerfällt Indonesien?

Nr. 10/Mai 2001

Johanna Rainio: Sicherheit im Wandel: Sicherheitspolitischer Stand und die Zukunftserwartungen im Ostseeraum aus finnischer Sicht

Nr. 11/Juni 2001

Urs Schoettli: Aktuelle Sicherheitspolitische Herausforderungen in Ostasien